

Berlin, 28. Mai 2015

## **P R E S S E M I T T E I L U N G**

### **Die Zeit der Postkutschen ist vorbei – die Deutsche Post AG macht in Sachen Frauenförderung mit ihrer Logistik Tempo**

Mit der Hauptversammlung der Deutschen Post AG in Frankfurt/Main setzte der Deutsche Juristinnenbund e.V. (djbb) den Schlusspunkt unter die von ihm initiierte Aktion „**European Women Shareholders Demand Gender Equality**“ in Deutschland. Im Rahmen des Projektes stellte der djbb durch Bundesvorstandsmitglied Sabine Overkämping kritische Fragen zum Anteil der Frauen in Führungspositionen.

Im Aufsichtsrat der Deutschen Post sitzen 35 Prozent Frauen, auf Arbeitnehmerseite sind es einschließlich der stellvertretenden Vorsitzenden sogar 50 Prozent. Mit Blick auf die Aufsichtsrätinnen und das im Mai in Kraft getretene „Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst“ hat die Deutsche Post ihre Hausaufgaben schon gemacht.

Eine von sechs Positionen im Vorstand ist mit einer Frau besetzt – auch das ist im Vergleich mit den überwiegend rein männlich besetzten Vorständen der 30 DAX-Unternehmen fortschrittlich.

Die Deutsche Post weist nach Auskunft des **Statusberichts 2014 „Frauen in Führungspositionen“ der 30 DAX-Unternehmen** einen Anteil von 21,1 Prozent Frauen in Führungspositionen in Deutschland aus – bei einem Anteil von 45,2 Prozent Frauen an der Belegschaft. Ziel ist weltweit und in Deutschland, 25 bis 30 Prozent aller Vakanzen im oberen und mittleren Management ab sofort mit Frauen zu besetzen.

Overkämping: „Die Zeit der Postkutschen zur Beförderung der Post ist vorbei. Das Tempo, Frauen in Führungspositionen zu befördern, sollte sich ebenfalls der heutigen Zeit anpassen. Mit Maßnahmen wie einem Diversity Council, besetzt mit hochrangigen Führungskräften, sowie Schulungen als E-Learning Modulen, Kennzahlensystemen, einem regelmäßigen Berichtswesen, Entwicklungsprogrammen und Netzwerken für Frauen hat die Deutsche Post die dafür nötige Logistik. Dies wird sicher die Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungspositionen beschleunigen und sollte auch zu einer Erhöhung der Ziele führen. Dann werden Frauen bei ihrer Karriere auch gerne an die Deutsche Post denken.“

## Hintergrund

Das am 6. März 2015 im Bundestag verabschiedete „Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst“ legt u.a. eine feste Quote von 30 Prozent Frauen für die Aufsichtsräte der circa 100 größten deutschen Unternehmen fest. Der djb begrüßt die Frauenquote grundsätzlich als einen wichtigen ersten Schritt zur Verwirklichung der im Grundgesetz und auf europäischer Ebene garantierten Gleichstellung der Frauen. Die Größenordnung ist aber wenig ambitioniert. Gefordert wird daher weiterhin eine Frauenquote von mindestens 40 Prozent für Aufsichtsräte, Vorstände und alle Führungspositionen.

Dies wird auf europäischer Ebene ähnlich gesehen. Der derzeit verhandelte **Entwurf der EU-Richtlinie zur „Gewährleistung einer ausgewogeneren Vertretung von Frauen und Männern unter den Mitgliedern der Unternehmensleitung börsennotierter Gesellschaften und über damit zusammenhängende Maßnahmen“** sieht die vom djb geforderte Zielquote von 40 Prozent vor. Allerdings wurde mit Art. 4b) dort kürzlich eine „Flexibilitätsklausel“ eingefügt, die es den Mitgliedstaaten erlaubt, diese Zielquote unter bestimmten Bedingungen auszusetzen. Darauf könnte Deutschland sich jetzt berufen, denn dafür soll eine verbindliche Quote von 30 Prozent Frauen in den Aufsichtsräten ausreichen.

Das vom djb initiierte Projekt **„European Women Shareholders Demand Gender Equality“** erhielt 2014 von der Europäischen Kommission neben 16 weiteren europäischen Projekten den Zuschlag für eine Förderung nach dem PROGRESS-Programm. Es wird kofinanziert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), dem Ministerium für Justiz und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt und der Finnischen Handelskammer. Zu den Projektpartnern gehören neben dem djb: die vier Juristinnenorganisationen European Women Lawyers Association (EWLA), EWLA Bulgarien, Association française des femmes juristes (AFFJ), der Ungarische Anwältinnenverband sowie die Finnische Handelskammer und die Universität von Westengland. Die Hochschule Magdeburg Stendal ist für die Medienarbeit zuständig.

Juristinnen und andere Fachfrauen besuchen seit Beginn des Jahres in elf EU-Mitgliedstaaten circa 100 Hauptversammlungen großer börsennotierter Aktiengesellschaften. In den Beneluxstaaten, Deutschland, Frankreich, Irland, Italien und Spanien müssen sich die im EURO STOXX 50 notierten Unternehmen den kritischen Fragen der Juristinnen stellen, in Bulgarien, Ungarn und dem Vereinigten Königreich sind es die im BUX-, SOFIX- und FTSE-notierten Unternehmen.

Das Projekt schließt an das vom BMFSFJ geförderte deutsche Projekt **„Aktionärinnen fordern Gleichberechtigung“** an und setzt es europaweit fort. Mitglieder des djb und andere Aktionärinnen haben von 2009 bis 2013 insgesamt 300 Hauptversammlungen börsennotierter Aktiengesellschaften in Deutschland besucht und von ihrem Auskunftsrecht Gebrauch gemacht. Die Antworten der Aufsichtsräte und Vorstände auf die Fragen nach den Frauen in Führungspositionen des Unternehmens sind ausgewertet und in vier Studien veröffentlicht worden.